

Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1908.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Dringelohn mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Woll und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Telefon 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundzeile: die 29 mm breite Kompaßzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen u. Kleingesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 36

Dresden, Donnerstag den 12. Februar 1925

36. Jahrg.

Zeugentau

Deutschnationale werben Zuchthäusler gegen Ebert

Die Deutschnationale die Vorbereitungen zum zweiten Magdeburger Prozeß treffen, ist jetzt enthüllt worden. Nachdem die Belastungszeugen des ersten Magdeburger Prozesses, die Syrig und Gobert, als vielfach vorbestrafte Rügner und Betrüger entlarvt worden sind, müssen sich die politischen Sintermänner für die Verurteilung nach neuen "Kronzeugen" umsehen, um den Verleumdungsfeldzug gegen den Reichspräsidenten weiterführen zu können. Aber in der Zeit der politischen Wende findet man schon Bravos, die bereit sind, für Geld jedes gewünschte Zeugnis abzugeben. Und an Geld hat es den deutschnationalen Kreisen, die auf diese vornehme Weise die Republik beseitigen wollen, noch nie gefehlt. Was spielen ein paar tausend Mark für eine Rolle, wenn man sich damit die Vorteile des alten Privilegienstaates wieder erkauft kann.

Ein Musterbeispiel, wie es gemacht wird, bildet eine Dokumentensammlung, die im Berliner Tageblatt über die Zeugengewinnung zum zweiten Magdeburger Prozeß veröffentlicht wird. Da wird festgestellt und durch Veröffentlichung von Dokumenten bewiesen, daß der deutschnationale Parteisekretär in Darmstadt, der aus dem ersten Magdeburger Prozeß bekannte Herr von Forstner, gemeinsam mit Rothardt, dem Angeklagten im Magdeburger Prozeß, dem Rechtsanwalt und Notar Hindewald und dem deutschvölkischen Agitator Thurn, einen Zuchthäusler, den im Kriege auch wegen Fahnenflucht bestrafte Herrn Fidor Kreil aus Kallmünz in Bayern, veranlassen wollte, für den bevorstehenden zweiten Prozeß eine Erklärung zu unterschreiben, wonach während des Krieges Ebert unter dem Namen "Ehrenberger" in Konstantz gewesen sei, und zwar in Begleitung ausländischer Offiziere, und die deutschen Mehrheitssozialisten für landesverräterische Dienste in Frankreich erhalten hätten.

Weiter wurde festgestellt, daß die deutschnationalen Persönlichkeiten, die im ersten Prozeß, unterstützt von dem Pfarrer Koch, schon die Kronzeugen Syrig und Gobert, einen Dieb und ein admtal wegen Betruges vorbestrafte Individuum, ins Treffen geführt hatten, jetzt den Zuchthäusler Fidor Kreil und einen angeblichen Argentinier namens Raab mit gefälschten Paß nach der Schweiz schickten, um dort "Beweise" zu holen, und daß diese Schweizer Reise mit der Verhaftung des Fidor Kreil wegen Fahnenflucht endete. Und schließlich wurde durch Veröffentlichung der betreffenden Briefe festgestellt, daß Herr Thurn eine von ihm verfaßte Erklärung — mit den falschen Angaben über den angeblich niemals stattgefundenen Aufenthalt Eberts in Konstantz und ähnlichen schönen Versicherungen — an den nun wieder hinter Schloß und Riegel sitzenden Zuchthäusler Fidor Kreil geschickt hat mit der dringlichen Aufforderung, sie unverändert zu unterschreiben, und daß es in einem Briefe vom 14. Januar heißt: "Ich versichere Sie, ich werde mich für Sie einsetzen. Ihnen wird nie etwas geschehen, im Gegenteil. Geholfen kann Ihnen auch werden. ... Sprach gesteuert noch mit jemand, der etwas zu sagen hat, es wird für Sie eingetretet."

Das Berliner Tageblatt hat an diese Feststellungen die Fragen geknüpft:

"Was sagt die Staatsanwaltschaft zu diesen Vorgängen? Woher stammen die Gelder, mit denen ein Mensch, wie Kreil, so reichlich ausgestattet, seine und seines Spießgesellen Reise nach der Schweiz finanziert wird? Und schließlich die politische Seite. Was sagen die Deutschnationalen zu ihrem Agitator in Augsburg? Was sagt die Deutschnationale Partei, die Regierungspartei, deren Minister der Reichspräsident oben ernannt hat, zu ihrem Darmstädter Parteisekretär? Wollen sie auch dies Spiel decken, wie auf gemeinsame Parole die deutschnationale Presse die Ehrenmänner Syrig und Gobert bis zur Demaskierung gebedt hat?"

Die deutschnationale Presse schweigt. Sie will diese Enthüllungen unterdrücken. Aber das wird nicht gelingen. Der Kauf von Subjekten zur Fällung republikanischer Politiker ist eine solche Schmach, die nicht länger gebuldet werden darf. Am bevorstehenden Prozeß wird für Brandmarkung der Schuldigen gesorgt werden.

Der Lump wollte "Ebert niederstehen"

SPD. Berlin, 12. Februar. (Fig. Rundfunk.) Die Berliner Tagwacht meldet über den deutschnationalen Kronzeugen Kreil, daß dieser Lump vor wenigen Wochen mit einem auf drei Tage laufenden und nur für den Grenzübertritt gültigen Paß unter falschem Namen nach Bern gekommen ist. Die Berner Polizei nahm ihn fest, ehe er in Täuschung treten konnte. Er hatte hier nach seinen eigenen Aussagen unter anderem auch den Auftrags, nach der Adresse von Professor Forstner, den bekannten Reichstagsabgeordneten, zu forschen, und bestimmte Parteigenossen über "Material" gegen Ebert auszufragen, obwohl er selbst nicht einmal die Namen der bekanntesten Berliner Sozialdemokraten kannte. Er hatte sich aber Adressen von einer Münchner Parteizentrale aufzuarbeiten lassen. In Bern hat überhaupt kein Mensch begriffen, wie man einen derartigen Ignoranten mit so wichtigen Missionen betrauen könnte. Kreil räumte sich, daß er Ebert nicht persönlich werde, wenn er nicht im vorhergehenden Prozeß erwidert würde. Die eigentlichen Behörden wissen ihn noch nicht. Neben Untersuchungsbehörden über Paß und

Die neuen Steuern

SPD. Berlin, 12. Februar. (Fig. Rundfunk.) Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine Reihe neuer Steuerergänzungen vorgelegt. Als wichtigstes Gesetz ist das Steuerüberleitungsgesetz zu betrachten. Es umfaßt die Bestimmungen zur Überleitung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer in das regelmäßige Veranlagungsverfahren. Außerdem sind überreicht worden die Entwürfe eines Einkommensteuergesetzes, eines Körperschaftsteuergesetzes, eines Gesetzes über Vermögens- und Wirtschaftsteuer, Reichsüberleitungsgesetzes. Es fehlen noch die Gesetze über Verleumdungen und über den Finanzausgleich. Aus dem Steuerüberleitungsgesetz geht hervor, daß für das Jahr 1924 eine regelmäßige Veranlagung nicht in Frage kommt. Sie soll erst nach Ablauf des Jahres 1925 erfolgen. Für das Jahr 1924 wird ein sogenanntes Ablegungsverfahren eingeführt. Es besteht darin, daß die Vorauszahlungen im allgemeinen als Ablegung der Einkommensteuer gelten und eine Veranlagung erfolgen. Auf Grund besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse des einzelnen Steuerpflichtigen kann eine Ermäßigung oder eine Ermäßigung des Ablegungsbeitrages im Wege eines besonderen Steuerermäßigungsverfahrens durchgeführt werden.

Die Regelung der Vorauszahlung und Steuerabzüge im Jahre 1925 baut sich im wesentlichen auf die bisher geltenden Bestimmungen auf. Die Vorauszahlungen der freien Berufe haben insofern eine Ermäßigung erfahren, als nach Regierungsentwurf der Betrag ihrer Einkommen, der jährlich 8000 überschreitet, zunächst mit 15 Proz. versteuert wird, während die bisherigen Sätze von 20 Proz. erst für Einkommensbeträge Anwendung finden, die über 16000 M. jährlich hinausgehen. Eine ganz unwesentliche Erleichterung bringt der Regierungsentwurf bei der Lohnsteuer. Hier soll für das 4. und jedes folgende Kind der Steuerpflichtige statt wie bisher um 1 Proz., um je 2 Proz. gesenkt werden. Diese Ermäßigung bedeutet naturgemäß eine harte Bevorzugung der Lohnsteuerpflichtigen mit höheren Einkommen. Der sozialdemokratischen Forderung auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbeitrages von 60 auf 100 M., hat der Regierungsentwurf nicht stattgegeben. Der Entwurf über das Einkommen- und Körperschaftsteuergesetz bringt eine weitgehende Ermäßigung der Steuerleistungen der Besizenden. So wird der Tarif der Einkommensteuer, der vor der Weltentwertung nahezu 60 Prozent im Höchstfalle erreichte, bis auf 35 Proz. ermäßigt. Er sieht vor einen Steuerfuß von 10 Proz. bei einem Einkommen bis zu 8000 M. Bei einem jährlichen Einkommen von 8000 bis 16000 M. steigt der Steuerfuß auf 15 Proz., bei 16000 bis 24000 M. auf 20 Proz. usw. Die Einkommen über 24000 M. werden mit 35 Proz. versteuert. Der Entwurf über das Einkommen- und Körperschaftsteuergesetz enthält gleichzeitig Bestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn und vom Kapitalertrag sowie über die Vorauszahlungen. In den

Bestimmungen über die Lohnsteuer ist nicht gesagt, wie die Verrechnung des vollen steuerfreien Lohnbeitrages bei Lohnausfällen, Erwerbslosigkeit, Krankheit, Kurzarbeit, Streik, Aussperrung und bei den Saisonarbeiten geschehen soll. Es scheint, als ob die Regierung auch über diesen sozialdemokratischen Antrag, der die Berücksichtigung dieser Verhältnisse unmittelbar bei dem Lohnsteuerabzug fordert, einfach hinweggehen will.

Noch ein Steuerergesetz

Die Rechtsparteien unternahmen gestern im Steuerausschuß des Reichstags auf Grund einer Anregung des Staatssekretärs Popitz den Versuch, durch den Steuerausschuß beschließen zu lassen, daß für das Jahr 1925 nur die Hälfte der Vermögenssteuer erhoben werden soll, die andere Hälfte gestundet werden soll.

Diese wichtige Entscheidung sollte im Ausschuss nicht im Plenum vor der gesamten Öffentlichkeit unter der Hand getroffen werden. Der Versuch soll wiederholt werden. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Steuerausschusses haben daraufhin dem Vorsitzenden des Ausschusses, dem Abg. Dr. Oberfohren, folgenden Brief geschickt:

"Am Schluß der getrigen Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages ist in Folge des von unserer Seite erhobenen Einspruchs die Ablichtung aufgegeben worden, den Ausschuss weiter mit dem Plan der Stundung der am 15. Februar fälligen Vermögenssteuer zu beauftragen. Sie selbst, geehrter Herr Kollege, stellen als Vorsitzender die Einbringung eines Initiationsgesetzentwurfes zur verfassungsmäßigen Bewilligung der von den Parteien der Rechten geäußerten Wünsche in Aussicht. Am gestrigen Tage ist die Einbringung zu einer Sitzung des Steuerausschusses am Freitag den 13. Februar zu, mit der Tagesordnung: 'Beschreibung der ersten Vorauszahlungsrate auf die Vermögenssteuer vom 15. Februar auf den 15. Mai 1925.'"

Der Ausschuss hat sich nach § 83 der Geschäftsordnung nur mit den ihm überwiesenen Gegenständen zu beschäftigen. Der auf der Tagesordnung stehende Gegenstand ist dem Ausschuss nicht überwiesen. Von den Bestimmungen der Geschäftsordnung kann nur abgewichen werden, wenn niemand widerspricht. Wir widersprechen hiermit der Beratung des für die Sitzung vom 13. Februar vorgesehenen Gegenstandes und ersuchen Sie, die Einberufung dieser Sitzung rückgängig zu machen."

Die Absicht, unter der Hand die Interessen des Befugtes wahrzunehmen unter Verflümmung der Rechte des Reichstags, charakterisiert den Beschluß!

Brauenhaftes Grubenunglück

129 Opfer der Arbeit — 62 Tote geborgen — 67 hoffnungslos verschüttet

SPD. Essen, 12. Februar. (Fig. Rundfunk.) In der Zeche "Minister Stein", Schacht 3, ereignete sich am Mittwoch eine außerordentlich schwere Explosion. Die Strecken sowohl der dritten wie der zweiten und ersten Sohle sind durch Brüche gesperrt. Die gleich nach der Explosion eingeleiteten Rettungsmannschaften versuchten sich durch die Brüche zu arbeiten, um zu den hinter ihnen in zwei Reihen befindlichen Bergleuten zu kommen. Einzelne Bergarbeiter sind gleich nach der Explosion noch lebend zutage gebracht worden. Die Zahl der Toten hat 100 überschritten. Die Verände der Explosion ist noch nicht genau festgestellt. Die Rettungsarbeiten wurden dadurch erschwert, daß hinter den Brüchen infolge der völlig gesperrten Wetterzufuhr die Gase nicht genügend abziehen konnten.

SP. Dortmund, 12. Februar. (Fig. Rundfunk.) Bis Donnerstag 10 Uhr vormittags wurden auf der Zeche Minister Stein 36 Tote geborgen. Die Rettungsmannschaften von acht Zechen sind an den Bergungsarbeiten beteiligt. Weiter ist damit zu rechnen, daß sämtliche eingeschlossene 138 Knappen der Mittagsdicht ein Opfer der Katastrophe geworden sind. Die Ursache des Unglücks ist auf giftige Gase zurückzuführen. Sie machen jeden Rettungsversuch unmöglich. Einzelne Rettungsmannschaften wurden durch die Gase betäubt. Bereits Dienstagabend sind an derselben Stelle, an der das Unglück passierte, kleinere Schlagwetter vorgekommen, die durch Funken einer Maschine zur Entzündung gebracht worden waren. Dasselbe soll am Mittwoch passiert sein. Doch nahm niemand an, daß dies zu einem solchen großen Unglück führen würde. Im allgemeinen gelten die Wetterführungen der Zeche Minister Stein als gut. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich sofort nach Bekanntwerden des Unglücks vor dem Zechentor eingefunden; die Stimmung unter der Menge war sehr erregt.

Brauenhafte Szenen

SPD. Dortmund, 12. Februar. (Fig. Rundfunk.) Die Bergungsarbeiten auf Zeche Minister Stein, an demselben Mittagsdicht, sind durch die Rettungsmannschaften und Sanitätskolonnen besetzt.

Ruhrkohlengebiets teilnehmen, können wegen giftiger Gasbildung nur unter allgrößter Schwierigkeit fortgesetzt werden. Nach Schätzung der Morgenkontrolle befinden sich noch 93 Knappen in der Grube. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch sie ein Opfer der Katastrophe geworden sind. Die Gesamtzahl der Opfer des Grubenunglücks dürfte sich demnach auf 129 belaufen. Man hofft, die 93 eingeschlossenen Knappen noch im Laufe des Tages zu bergen. Nur 8 Knappen der Mittagsdicht, die sich zufällig vor der Bruchstelle befanden, konnten gerettet werden. Das Oberbergamt Dortmund hat eine Untersuchung eingeleitet.

Die Regierungstellen haben der Zechenverwaltung ihr Beileid ausgedrückt. Der Materialschaden ist verhältnismäßig gering. Große Betriebsstörungen auf Minister Stein sind daher nicht zu erwarten. Die Stimmung der Menge ist ruhiger geworden. Die Erregung ist namenlosem Schmerz der Angehörigen der Opfer und tiefem Ernst der teilnehmenden Bevölkerung gewichen, besonders, weil vor dem Tore keinerlei Ansehung gegeben wurde. Es wurde vielfach versucht, mit Gewalt durch das Zechentor zu bringen, was aber durch das starke Aufgebot von Sipobeamten verhindert wurde. Von der Zechenverwaltung war strenge Anweisung gegeben, keinerlei Nachrichten über den Umfang des Unglücks und über die Namen der Toten an die Draußenstehenden bekanntzugeben, um die Erregung der Menge zu dämpfen. Doch war diese Maßnahme eine ganz verfehlte. Die Polizeifette mußte verstärkt werden, da die anwachsende Menge den Zechenplatz zu stürmen drohte. Vor dem Zechenplatz spielten sich herzerregende Szenen ab.

Die Bergung der Leichen

SPD. Dortmund, vorm. 11 Uhr. (Fig. Rundfunk.) Inzwischen gelang es, von den Opfern auf Grube Minister Stein 62 Tote zu bergen. Die Zechenverwaltung hat jede Hoffnung aufgegeben, den Rest der Besatzung nach Bergen zu lassen.